

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 16. HuFA 2004-2009 Sitzungsdatum: 07.11.2006 Niederschrift

Übach-Palenberg, den 07.11.2006

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.05.2006
3. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Abfallentsorgung" für das Jahr 2007
4. 11. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung
5. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2007
6. 13. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung
7. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2007
8. 10. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
9. 12. Änderungssatzung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen
10. Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2007
11. Bebauungsplan Nr. 71.1 -Gewerbegebiet Carlstraße-Süd- 6. Änderung
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Anordnung des Beteiligungsverfahrens
12. 26. Bürgerempfang der Stadt Übach-Palenberg 2007

Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg

- 13. Logo für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg
- 14. Erlass einer Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in Übach-Palenberg
- 15. Anregung nach § 24 GO NW des Herrn Jörg Ulrich betr. Umbenennung des Naherholungsgebietes in Carolus-Magnus-Park
- 16. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfragen

B) Nichtöffentliche Sitzung

- 18. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.05.2006
- 19. Grundstücksangelegenheiten
 - 19.1. Erwerb von Ackerland
 - 19.2. Veräußerung eines Gewerbegrundstückes an die Firma H + S Leiterplatten
- 20. Erschließungsstraße zur Firma Schlafhorst (Halle 7)
 - a) Grunderwerb
 - b) Auftragsvergabe
- 21. Vergabeangelegenheiten
 - 21.1. Vergabe von Reinigungs- und Entsorgungsdienstleistungen in der Stadt Übach-Palenberg:
 - a) Durchführung der maschinellen Straßenreinigung für die Jahre 2007 bis 2009,
 - b) Durchführung der Sinkkastenreinigung für die Jahre 2007 bis 2009,
 - c) Durchführung der Reinigung der Wertstoffcontainer-Standplätze für die Jahre 2007 bis 2009.
 - 21.2. Vergabe von Sachversicherungsdienstleistungen für verschiedene Gebäude im Stadtgebiet Übach-Palenberg
- 22. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 23. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
Anfragen

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Manfred J. Offermanns FDP

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtoberinspektor Herbert Jansen
Herr Praktikant Holger Schobert

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten sowie den Vertreter der Presse.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage und am Ende der nichtöffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.05.2006

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses aus öffentlicher Sitzung vom 09.05.2006 wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Abfallentsorgung" für das Jahr 2007

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass in der gestrigen Fraktionssitzung mit der Verwaltung noch einige Fragen erörtert worden seien. Er bat Herrn Jansen die entsprechenden Hintergründe noch einmal kurz zu erläutern.

Stadtoberinspektor **Jansen** stellte die Veränderungen dar, die zu Mehrkosten geführt haben. Diese seien durch die jetzige Gebührenkalkulation mit aufzufangen. Die Mehrwertsteuererhöhung von 16 % auf 19 % mache dabei einen Anteil von 23.500 Euro aus. Daneben sei auch zu berücksichtigen, dass der Abschreibungsmodus vom Anschaffungswert auf den Wiederbeschaffungszeitwert umgestellt worden sei. Hier sei eine Änderung von 5.300 Euro zu berücksichtigen. Mit 34.000 Euro sei die Umstellung des Abrechnungsmodus des Kreises Heinsberg für die Entsorgung von Haus- und Sperrmüll mit zu berücksichtigen. Mit einer Kostensteigerung der Unternehmerentgelte von 0,77 % belaufen sich hierbei die Mehrkosten auf 5.700 Euro. In der Summe ergebe dies einen Betrag von 68.500 Euro. Den größten Anteil der Kostensteigerung müsse jedoch durch die Mindereinnahmen aufgrund des nicht erreichten Gesamtbehältervolumens mit 135.000 Euro berücksichtigt werden: Bei der letzten Gebührenkalkulation sei - nach Einführung der zusätzlichen 80-l-Müllbehälter - mit einem geschätzten Gesamtbehältervolumen von 20.700.000 Litern kalkuliert worden. Zum jetzigen Zeitpunkt sei jedoch nur ein Volumen von 19.345.000 Litern realisiert worden. Dieser Fehlbedarf von rund 1,4 Mio. Liter Behältervolumen verursache die Gebührenlücke von rund 135.000 Euro.

Weiterhin erklärte er, dass in der Gebührenkalkulation eine Unstimmigkeit in Bezug auf die Personalkosten aufgefallen sei. Der Betrag sei richtig festgestellt worden. Le-

diglich der Stellenanteil sei gegenüber der Vorjahresversion nicht abgeändert worden, so dass hier anstelle der 1,15 Stellen noch die fälschlichen 0,75 Stellen ausgewiesen seien. Auf die Gebührenkalkulation habe dies jedoch keine Auswirkung.

Stadtverordneter **Weißborn** fasste zusammen, dass sich nun die Frage nach einem Kostenerhöhungsproblem oder einem Umverteilungsproblem stelle. Um die Gebühren jedoch nicht zu sehr steigen zu lassen, rege die SPD-Fraktion an, an anderen Stellen zusätzliche Einnahmen zu erzielen. So könne die Abgabe von Hausmüllsäcken zu einem Betrag von 7,50 Euro pro Sack eine Entlastung bringen. Die von der Verwaltung angegebenen Absatzzahlen von 10.000 Stück könnten so einen nicht unerheblichen Entlastungsfaktor im Gebührenhaushalt darstellen.

Stadtoberinspektor **Jansen** wies jedoch darauf hin, dass dies nur dann der Fall sein könne, wenn die Hausmüllsäcke weiterhin in der gleichen Anzahl abgenommen würden. Es müsse durchaus berücksichtigt werden, dass andere Entsorgungsmöglichkeiten gesucht würden. Letztendlich sei auch eine Erhöhung des wilden Müllaufkommens nicht auszuschließen. Bei der Kalkulation der Hausmüllsäcke müsse zudem bedacht werden, dass hier auch eine soziale Komponente vorliegen könne, da viele Haushalte mit Säuglingen das zusätzliche Windelaufkommen über Hausmüllsäcke entsorgen.

Stadtverordneter **Weinen** sprach sich dafür aus, eine gerechtere Verteilung der Kosten anzustreben. Für ihn sei mit 5 Euro die Schmerzgrenze des Preises für Hausmüllsäcke erreicht.

Stadtoberinspektor **Jansen** wies darauf hin, dass sich das Gesamtvolumen kaum erhöhen werde. Die dargestellten Fehlbeträge müssten auf jeden Fall ausgeglichen werden.

Stadtverordneter **Offermanns** fragte, wie der prozentuale Anteil der Steigerung von 11% den Bürgern vermittelt werden solle.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass Stadtoberinspektor Jansen dies soeben ausführlich dargestellt habe. An der Notwendigkeit, diese Fehlbeträge zu decken, komme man nicht umhin.

Stadtverordneter **Weinen** fragte an, ob letztendlich die Kosten für die Entsorgung einer 80 l-Tonne genauso hoch seien, wie die der größeren Gefäße. Das jetzige Gebührensystem orientiere sich an einem einheitlichen Literpreis, der jedoch die unterschiedlich entstehenden Kosten für die einzelnen Gefäße nicht berücksichtige.

Stadtoberinspektor **Jansen** wies darauf hin, dass im letzten Jahr auch eine Alternative eines einheitlichen Verteilungsmaßstabes als Alternative vorgestellt worden sei. Die Nachteile, die man dabei erkannt habe, gelten auch jetzt. Eine entsprechende gefäßbezogene Kalkulation mache kleinere Tonnen wesentlich teurer.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Meertens** erklärte Stadtoberinspektor **Jansen**, dass schon jetzt ermittelt werde, wo häufig Mülltonnen überfüllt seien.

Die Abfuhrfirma notiere, wo ein Deckel der Tonne hoch stehe, da dies bei mehrmaligem Auftreten ein klares Zeichen dafür sei, dass man mit dem gewählten Gefäß nicht auskomme.

Man habe auch schon zwangsweise die Übernahme eines größeren Müllgefäßes durchgesetzt.

Stadtverordneter **Gudduschat** regte an, die bestehende Satzung konsequent umzusetzen und auch Altfälle gemäß den geltenden Bestimmungen umzustellen, damit eine höhere Gebührengerechtigkeit durchgesetzt werde. Es könne nicht sein, dass nur bei Neufällen sich die Bürger an den Regelungen für größere Müllgefäße zu halten hätten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass diese Diskussion bereits im vergangenen Jahr umfassend geführt worden sei. Wenn man dies so machen wolle, müsse man sich der Konsequenz bewusst sein, dass unzählige Haushalte, die bisher über Jahre hinweg mit kleineren Müllgefäßen gut ausgekommen seien, dann zwangsweise umgestellt werden müssten und bis zu 50 %-ige Gebührenerhöhungen hin zunehmen hätten. Wenn man dies so wolle, müsse man darüber abstimmen. Dann müsse der Stadtrat aber auch den Mut haben, diese Entscheidung in der Bevölkerung zu vertreten.

Stadtverordneter **Weißborn** erinnerte daran, dass es auch Personen gebe, die seit Jahren problemlos mit einer kleinen Mülltonne auskommen. Es könne nicht sein, dass man diese nun für ihre Müllvermeidung bestrafen wolle.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass er es als nicht sinnvoll erachte, die Gebührengerechtigkeit ausschließlich an Personen festzumachen. Gerade die Müllvermeidung müsse als sinnvolle Alternative honoriert werden.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, dass eine gerechte Aufteilung nur durch ein Verwiegesystem erreicht werden könne.

Stadtverordnete **Piez** erinnerte daran, dass man sich im vorigen Jahr eindeutig gegen ein Verwiegesystem ausgesprochen habe, um einen Mülltourismus, wie er in den Nachbarstädten aufgetreten sei, zu verhindern. Ebenso seien auch hier diejenigen benachteiligt, die aufgrund ihrer persönlichen Umstände z.B. bei Kleinkindern mit Windeln ein höheres Müllaufkommen hätten.

Stadtverordneter **Weißborn** sprach sich dafür aus, das tatsächlich realisierte Gesamtvolumen als Grundlage für die Kalkulation zu akzeptieren. Hiermit trete dann die geforderte Gebührengerechtigkeit ein, da dies den tatsächlichen Gegebenheiten entspreche. Wenn man nunmehr eine lineare Erhöhung vornehme, seien damit die Mindereinnahmen gedeckt. Gründe für Kostensteigerungen könnten sich dann nur aufgrund externer Gegebenheiten ergeben.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass für ihn nach der bisherigen heutigen Diskussion feststehe, dass die Verwaltung nun doch eine grundstücksbezogene Auflistung erstellen werde, für welche Grundstücke im Stadtgebiet 120-l-Restmüllbehälter gemeldet und wie viele Personen hierzu berechnet worden seien. Dann könne man sich noch besser als bisher über das Ausmaß der Betroffenheit Klarheit verschaffen und die Dimension einer „radikalen“ Anpassung erkennen. Auf dieser Grundlage werde Stadtoberinspektor Jansen dann ein weiteres Gebührenmodell berechnen. Dies alles benötige aber mehr Zeit; vielleicht könnte in der Ratssitzung der kommenden Woche dann noch nicht endgültig entschieden werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** wies darauf hin, dass man auch die Beträge, die in der Kalkulation des letzten Jahres als Alternative vorgestellt worden seien, zum Vergleich heranziehen könne.

Stadtverordnete **Piez** erklärte, dass eine personenbezogene Abrechnung nicht gerechter sei, da es durchaus Fälle gebe, wo gerade Familien mit Kindern stärker belastet würden.

Stadtverordneter **Gudduschat** vertrat nochmals seine Auffassung, dass er es als ungerecht empfinde, wenn nur für Neufälle das bestehende Gebührensystem angewandt werde und Altfälle einen Bestandschutz genießen.

Stadtoberinspektor **Jansen** verdeutlichte, dass in der Gebührensatzung eine flexible Regelung für die Fälle aufgenommen worden sei, die auch eine individuelle Anpassung für bestimmte Härtefälle ermögliche. Soweit Nutzer nachweisen könnten, dass sie ein eindeutig geringeres Müllaufkommen besitzen, sei auch hier eine kleinere Tonne durchaus zuzugestehen. Diese Fälle habe es auch schon gegeben.

Stadtverordneter **Meertens** sprach sich dafür aus, das Verwiegesystem in die nähere Betrachtung zu ziehen, da es wichtig sei nach außen einen verständlichen und akzeptablen Verteilungsmaßstab einzuführen.

Stadtverordneter **Konrads** entgegnete, dass Gerechtigkeit sicherlich eine schöne Sache sei, der man sich allerdings immer nur nähern könne, da sie für jeden Einzelfall nie zu 100 % umgesetzt werden könne. Es sei wichtig, sich für ein Konzept zu entscheiden und dieses dann auch konsequent beizubehalten um eine Verlässlichkeit zu dokumentieren. Er spreche sich dafür aus, das im letzten Jahr verabschiedete Konzept beizubehalten und die sich daraus resultierende Erhöhung umzusetzen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Verwaltung versuchen wolle bis zur nächsten Ratssitzung die entsprechenden Vergleichswerte vorzulegen. Er sehe es jedoch auch nicht als tragisch an, wenn der letztendliche Beschluss erst im Dezember gefasst werden könne.

Der Haupt- und Finanzausschuss verständigte sich darauf die Angelegenheit in der Ratssitzung der kommenden Woche weiter zu beraten.

4 11. Änderungssatzung zur Gebührensatzung über die Abfallbeseitigung

Der TOP wurde in Zusammenhang mit TOP 3 behandelt. Auf die Ausführungen wird verwiesen.

5 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Jahr 2007

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass in der vorliegenden Verwaltungsvorlage der Hinweis der Gemeindeprüfungsanstalt aufgegriffen worden sei. Eine Erhöhung

sei dem Grunde nach nicht nötig, jedoch wolle man die Anregung umsetzen, ergebe sich eine entsprechende Mehrbelastung der Bürger. Man bitte jedoch, auch diesen Tagesordnungspunkt erst in der kommenden Sitzung des Rates zu behandeln.

Stadtverordnete **Weinhold** sprach sich ebenfalls für eine Vertagung aus, erkundigte sich jedoch, wie die Abrechnung an öffentlichen Grundstücken, wie Schul- und Sportanlagen vorgenommen werde.

Stadtoberinspektor **Jansen** erläuterte, dass die Straßenreinigungsgebühren auch von der Stadt bezahlt werden müssten. Letztendlich zahle die Stadt für ihre Grundstücke an sich selbst die Beträge.

Stadtverordneter **Weinen** stellte die Frage, ob es sinnvoll sei, dass die Stadt durch diese Umstellung einen finanziellen Vorteil erreiche. Er favorisiere den ersten Vorschlag unter Beibehaltung der bisherigen Kalkulation.

Stadtverordneter **Weißborn** sprach sich ebenfalls dafür aus, dass die Stadt nur in den Bereichen eine Erhöhung der bisherigen Gebührensätze vornehmen solle, wo dies unabweisbar notwendig sei. Wo dies zu vermeiden sei, solle die Stadt auch hiervon Abstand nehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss verständigte sich darauf die Angelegenheit in der Ratssitzung der kommenden Woche weiter zu beraten.

6 13. Änderungssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung

Der TOP wurde in Zusammenhang mit TOP 5 behandelt. Auf die Ausführungen wird verwiesen.

7 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Stadtentwässerung" für das Jahr 2007

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Weißborn, erklärte Stadtoberinspektor **Jansen**, dass die Veränderung auch nicht unerheblich durch eine verstärkte Entsiegelung der privaten Flächen erfolge.

Stadtverordneter **Meertens** erinnerte daran, dass seiner Meinung nach darüber gesprochen worden sei, eine Anregung im Amtsblatt zu veröffentlichen, in der die Bürger gebeten werden, ihre versiegelten Flächen, die als Grundlage des Beitragsbescheides angesetzt sind, selbst zu überprüfen.

Stadtverordneter **Weinen** entgegnete, dass in der Ratssitzung darüber gesprochen worden sei, die Grundstücke bezüglich ihrer Versiegelung neu vermessen zu lassen, aber bevor hier eine entsprechende Maßnahme erfolge, der Rat darüber beraten solle. Eine Notwendigkeit dies zu tun, wurde im Ausschuss nicht vorgebracht.

Der Haupt- und Finanzausschuss verständigte sich darauf die Angelegenheit in der Ratssitzung der kommenden Woche weiter zu beraten.

8 10. Änderungssatzung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

Der TOP wurde in Zusammenhang mit TOP 7 behandelt. Auf die Ausführungen wird verwiesen.

9 12. Änderungssatzung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

Der TOP wurde in Zusammenhang mit TOP 7 behandelt. Auf die Ausführungen wird verwiesen.

10 Gebührenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg für die öffentliche Einrichtung "Bestattungswesen" für das Jahr 2007

Der Haupt- und Finanzausschuss verständigte sich darauf die Angelegenheit in der Ratssitzung der kommenden Woche weiter zu beraten.

**11 Bebauungsplan Nr. 71.1 -Gewerbegebiet Carlstraße-Süd- 6. Änderung
hier: 1. Aufstellungsbeschluss
2. Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

Beschlussempfehlung:

1. Die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 71.1 – Gewerbegebiet Carlstraße-Süd - wird angeordnet.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

12 26. Bürgerempfang der Stadt Übach-Palenberg 2007

Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Weißborn** schlug für den ausscheidenden Herrn Klaus Breuer Frau Monika Rosewick vor.

Stadtverordneter **Weinen** schlug für den ausscheidenden Herrn Dr. Winfried Schultesperlich Herrn Willi Krieg vor.

Beschlussempfehlung:

Folgende Personen werden in die Auswahlkommission neu berufen:

**Frau Monika Rosewick
Herr Willi Krieg**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Logo für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dafür ausgesprochen habe ein Logo zu nehmen, welches das „Ü“ als signifikantes Zeichen besonders herausstelle. Man habe sich deshalb darauf verständigt den Vorschlag 1 der vorgelegten Liste zu favorisieren.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion ebenfalls den Vorschlag 1 favorisiere.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch den Vorschlag 1 der Liste vorziehe.

Stadtverordneter **Weinen** bat darum, dass dieser Punkt in der kommenden Ratssitzung in der nächsten Woche besprochen werde.

Stadtverordneter **Offermanns** plädierte ebenfalls dafür in der kommenden Ratssitzung die Vorschläge abschließend zu besprechen.

Beschluss:

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt wird an den Rat in seiner kommenden Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Erlass einer Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in Übach-Palenberg

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, dass er den Vorschlag zur Durchführung eines Bürgerentscheides ähnlich einer Kommunalwahl für zu weitgehend halte, da er sehr kostenintensiv sei. Er schlug vor dieses Thema in einer interfraktionellen Besprechung zum Thema zu machen, um einen breiten Konsens zu erreichen, der dann als gemeinsamer Vorschlag im Rat zur Abstimmung gestellt werde. Er halte es für sinnvoll, dass ein von sämtlichen Parteien und Fraktionen getragener Vorschlag beschlossen werde.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sich die UWG-Fraktion schon jetzt für einen Vorschlag aussprechen könne. Sie favorisiere die Version 1 mit einem Abstimmungstag durch persönliche Stimmabgabe und Briefwahl. Eine Vertagung zur vorherigen Abstimmung im interfraktionellen Rahmen sei in ihren Augen auch unproblematisch.

Auch Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion schon jetzt für eine Alternative hätte entscheiden können, sich jedoch auch mit einer Vertagung einverstanden erkläre.

Beschlussempfehlung:

Die Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden wird nach Abstimmung in der interfraktionellen Gesprächsrunde erneut auf die Tagesordnung gebracht. Es wird angestrebt, einen einheitlichen Vorschlag von allen im Rat vertretenen Fraktionen und Parteien zur Abstimmung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15 Anregung nach § 24 GO NW des Herrn Jörg Ulrich betr. Umbenennung des Naherholungsgebietes in Carolus-Magnus-Park

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, keine Notwendigkeit zur Umbenennung des Naherholungsgebietes im Wurmatal erkennen zu können. Die SPD-Fraktion sehe nicht, dass es sich hierbei um einen verwaltungstechnischen Begriff handle, sondern verweise darauf, dass es sich um eine in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptierte und geläufige Bezeichnung seit fast 20 Jahren handle. Dem Antrag werde man deshalb nicht zustimmen.

Beschluss:

Das Naherholungsgebiet im Wurmatal wird in Carolus-Magnus-Park umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

15 Nein-Stimmen

0 Ja-Stimmen

16 Erweiterungen zur Tagesordnung

Erweiterungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

17 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

Anfragen

Anfrage 1 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich nach dem Sachstand zur Bebauung des Grundstückes am Rathausplatz.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, sehr bald hierzu entsprechende Informationen geben zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt wisse er, dass die Planungen für das Grundstück vorbereitet würden. Sobald hierzu neue Erkenntnisse vorlägen, werde er diese dem Rat mitteilen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 18.34 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 19.05 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer